

## SVP-Rickli vs. SP-Masshardt zum Abstimmungs-Ja

# Setzt sich die SP für die korrekte Umsetzung ein?

Die Schweiz hat entschieden und Ja zur Masseneinwanderungs-Initiative gesagt. Die Nationalrätinnen Nadine Masshardt (SP) und Natalie Rickli (SVP) debattieren im Mail-Duell über das Abstimmungsergebnis.



Hoi Nadine

Das Volk hat die Initiative „gegen Masseneinwanderung“ angenommen. Die Stimmbürger wollen eine kontrollierte Zuwanderung und einen Inländervorrang bei der Jobvergabe. Trägst Du diesen demokratischen Entscheid mit und wirst Du Dich für die korrekte Umsetzung dieser Initiative einsetzen?

Liebe Grüsse  
Natalie



Liebe Natalie

Auch wenn ich den Abstimmungsausgang bedaure, respektiere ich selbstverständlich den sehr knappen Volksentscheid. Die Schweiz steht nun vor einem Experiment mit ungewissem Ausgang. Die Verantwortung tragen in erster Linie die Initianten, sprich die SVP. Ihr steht in der Pflicht und müsst Eure Forderungen präzisieren. Wie gross soll ein Kontingent sein, damit wir etwa in Spitälern und Pflege noch genügend Personal haben? Im Abstimmungskampf zirkulierte die Zahl 40'000. Wie wollt Ihr die Zersiedelung stoppen, Lohndruck sowie Mieten senken? Was tut Ihr gegen die Rechtsunsicherheit, die Wirtschaft und Arbeitsplätze in unserem Land gefährdet? Ihr schuldet nun konkrete Antworten. Darauf warten wir alle – auch jene knappe Mehrheit, die Euch am Sonntag gefolgt ist.

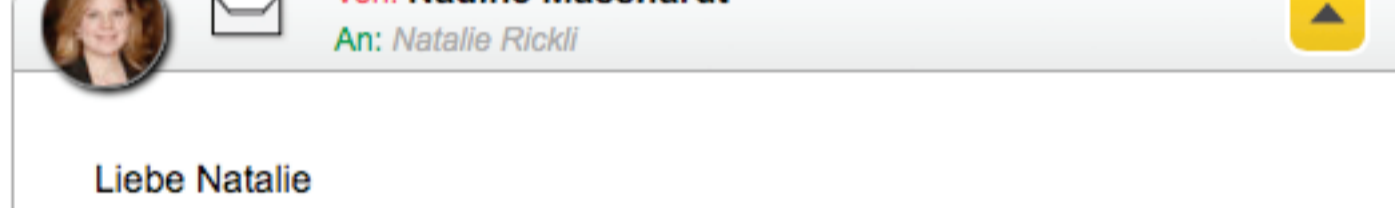
Beste Grüsse  
Nadine



Hoi Nadine

Es ist jetzt ein Volksauftrag an die Politik! Darum ist nicht alleine die SVP in der Verantwortung, sondern der Bundesrat und das ganze Parlament, auch Du. Nun hat der Bundesrat mit der EU Neuverhandlungen aufzunehmen. Innenpolitisch sind die nötigen Gesetzesanpassungen anzugehen. Die Initiative setzt klare Leitplanken zur Steuerung der Zuwanderung, lässt dem Gesetzgeber aber einen genügend grossen Handlungsspielraum bezüglich Kontingenten. Darum können logischerweise zum heutigen Zeitpunkt keine konkreten Zahlen genannt werden. Die hohen Mieten haben wir aufgrund der hohen Nachfrage – sprich der Masseneinwanderung. Das ist eine Frage des Marktes. Mit der Beschränkung der Zuwanderung werden die Mieten und die Immobilienpreise automatisch sinken. Möchtest Du mit Deiner Partei nicht einmal selber über die Bücher gehen? Ihr beklagt die Hochpreisinsel Schweiz und verlangt tiefere Preise. Das bedeutet tiefere Löhne. Die Wirtschaft braucht gute Rahmenbedingungen, sprich Eure wirtschaftsfeindlichen Vorstösse sind abzulehnen.

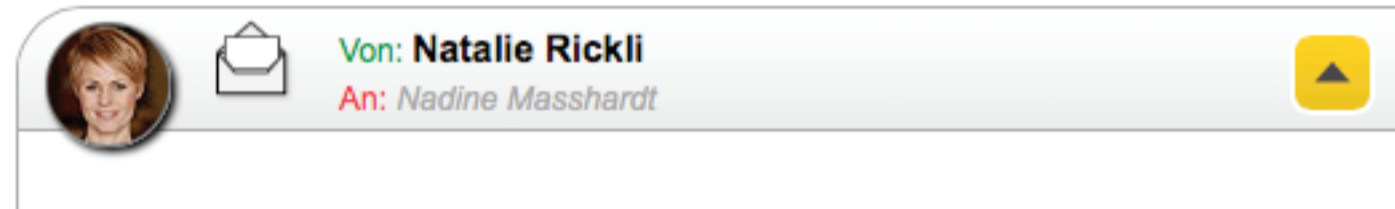
Liebe Grüsse  
Natalie



Liebe Natalie

Deine Antwort zeigt: Ihr wollt Euch nicht festlegen, wie viel Zuwanderung tolerierbar wäre. Mit Kontingenten haben wir nicht plötzlich mehr Platz in den Zügen und tiefere Mieten. Es braucht jetzt konkrete Massnahmen wie Mietpreisbremsen und mehr gemeinnützigen Wohnungsbau. Nötig sind zudem Reformen des Arbeitsmarkts sowie bei der Bildung und Raumplanung. Die Hochpreisinsel existiert nicht in erster Linie aufgrund der Löhne, sondern vor allem weil Ihr im Interesse der Grossimporteure systematisch Parallelimporte behindert. Erste Konsequenzen des Abstimmungsergebnisses kriegen wir bereits zu spüren. Die EU stoppt die Verhandlungen über das Stromabkommen. Und das Forschungsabkommen „Horizon 2020“ sowie „Erasmus+“ sind ebenfalls gefährdet. Forschungsprojekten droht der Verlust von Fördermitteln und Studentenaustausche könnten eingeschränkt werden. Was sagst Du zu diesen ersten direkten Folgen?

Beste Grüsse  
Nadine



Hoi Nadine

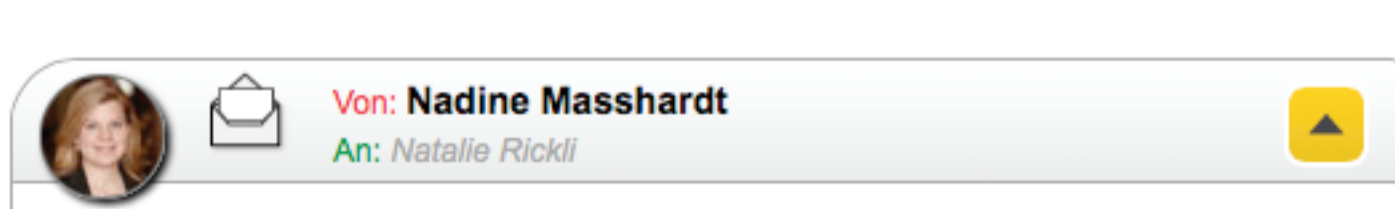
Es ist gut, dass bei den Gesprächen zum Stromabkommen ein Marschhalt stattfindet. Denn mit diesem Abkommen hätte die Übernahme von EU-Recht und damit die institutionelle Anbindung geregelt werden sollen, quasi als Vorbild für künftige Verträge.

Gemäss Initiative müssen die Behörden «auf die gesamtwirtschaftlichen Interessen der Schweiz» Rücksicht nehmen. Das heisst: Wir wollen eben genau keine starre Zuwanderungsquote, sondern diejenigen Arbeitskräfte in die Schweiz holen, welche die Betriebe brauchen, wenn sie keine Schweizer finden. Hingegen will die Mehrheit der Schweizer keine Ausländer, die in unser Sozialsystem zuwandern.

Kennst Du übrigens Artikel 18 des Personenfreizügigkeitsabkommens: «Wünscht eine Vertragspartei eine Revision dieses Abkommens, so unterbreitet sie dem Gemischten Ausschuss hierzu einen Vorschlag. (...)»

Was also sollen die Aufregung und Drohgebärden seitens der Initiativgegner in der Schweiz und verschiedener EU-Abgeordneten?

Liebe Grüsse  
Natalie



Liebe Natalie

Wie gefragt, interessierte mich ernsthaft, was Du zu den nun gefährdeten Forschungs- und Bildungsabkommen «Horizon 2020» und «Erasmus+» sagst. Das trifft unsere Studierenden und den Forschungsstandort Schweiz. Schade, dass Du darauf nicht eingehst.

Der Stimmbevölkerung habt Ihr weniger Zuwanderung versprochen. Jetzt kannst Du aber keine Zahl nennen. In Eurem «Extrablatt» verspricht Ihr weniger Kulturlandverlust, weniger Stau und mehr Platz in den Zügen. Wann trifft dies ein? – Im «Extrablatt» stand auch: «Lohndruck ist Realität». Ihr wehrt Euch aber gegen jede Form von Mindestlöhnen. Und die Höhe der Mieten willst Du dem Markt überlassen. Fazit: Am Sonntag wurden keine Probleme gelöst. Dafür kamen zahlreiche Neue dazu. Zu deiner Frage: Für eine Revision des Personenfreizügigkeitsabkommens (Art. 18) braucht es nicht nur die Zustimmung von EU-Kommission, -Parlament und -Rat, sondern auch aller 28 Mitgliedstaaten. Es ist naiv zu glauben, dass sie geschlossen Ja sagen zum Kontingentsystem inklusive Inländervorrang, weil dies der Personenfreizügigkeit widerspricht. Auch die Zustimmung zu den von Euch vorgeschlagenen Kurzaufenthaltsbewilligungen im Tieflohnssektor ist illusorisch. Die EU-Länder werden sicher nicht tolerieren, dass man den Bauarbeiter schikaniert, den Rohstoffhändler aber mit Handkuss nimmt.

Beste Grüsse  
Nadine